NIEDERSCHRIFT
der 32. öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 26.09.2022

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Sitzungssaal Rathaus, Markt 1, Weißenfels

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung	
TOP 5	Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 12 "Solarpark am Schkortelbach" des Ortsteiles Tagewerben zur Ermöglichung der Errichtung und des Betriebes einer Wasserstoff-Produktionsanlage - Grundsatzbeschluss	152/2022
TOP 6	Nationale Projekte des Städtebaus - Zukunftsperspektive Gloria	155/2022
TOP 7	Raumordnungsverfahren für das Vorhaben „B 87 Ortsumgehung Weißenfels (Südtangente)“; 2. Informationsvorlage zum Verfahrensstand	153/2022
TOP 8	Farbgestaltung Ersatzneubau Große Brücke in Weißenfels - L 206	154/2022
TOP 9	Beantwortung von Anfragen	
TOP 10	Mitteilungen und Anfragen	

Nichtöffentlicher Teil

TOP 1	Informationen über Vergaben
TOP 2	Beantwortung von Anfragen
TOP 3	Mitteilungen und Anfragen
TOP 4	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Rauner eröffnet die Sitzung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 11 Stadträte und 4 sachkundige Einwohner anwesend. Damit ist der Stadtentwicklungsausschuss beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Rauner beantragt die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung, so dass der TOP 8 (Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 12 "Solarpark am Schkortelbach" des Ortsteiles Tagewerben zur Ermöglichung der Errichtung einer Wasserstoff-Produktionsanlage – Grundsatzbeschluss) vorgezogen und nach TOP 4 (Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung) besprochen wird.

Die Stadträte und sachkundigen Einwohner stimmen der Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Hofmeister macht eine Anmerkung zur Formulierung seiner Aussagen zur Dauer von Straßenbaumaßnahmen in der letzten Niederschrift. Er hatte vorgeschlagen, bei Ausschreibungen von Schwerpunktprojekten (nicht bei jeder Straße) den Versuch zu unternehmen, auch das Thema Schichtarbeit mit einzubringen.

Dies sei so nicht ausreichend in der Niederschrift dargestellt.

Er unterbreitet somit erneut den Vorschlag, in die nächste Ausschreibung für ein Schwerpunktprojekt das Thema Schichtbetrieb einzubringen. Er sei nicht immer damit einverstanden, alles auf die Arbeitskräfteproblematik abzuwälzen.

Unter Beachtung dieser Hinweise wird die Niederschrift der Sitzung vom 05.09.2022 mit 2 Enthaltungen der Stadträte und einer Enthaltung der sachkundigen Einwohner bestätigt.

5. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 12 "Solarpark am Schkortelbach" des Ortsteiles Tagewerben zur Ermöglichung der Errichtung und des Betriebes einer Wasserstoff-Produktionsanlage - Grundsatzbeschluss

Herr Braun begründet die notwendige Änderung des Flächennutzungsplanes und die Erweiterung des Bebauungsplanes für die Errichtung und den Betrieb einer Wasserstoff-Produktionsanlage. Diese soll in unmittelbarer Nähe zur Photovoltaikanlage entstehen, um den dort erzeugten Solarstrom für die neue Anlage direkt zu nutzen und den „grünen“ Wasserstoff zu erzeugen.

Mit den Änderungen erhält das Gebiet den notwendigen Status „Industriegebiet“, welcher eine Voraussetzung für die Errichtung der Produktionsanlage ist.

Es handelt sich nicht um Abfallverwertung im herkömmlichen Sinne, sondern um ein neues Verfahren zur Erzeugung technischer Industriegase unter thermischer Verwertung von nicht recycelbaren Wertstoffen.

In Phase I von II ist die Produktion von 5.000 Tonnen hochreinen Wasserstoffs geplant.

Herr Wanzke möchte folgende Fragen beantwortet wissen:

In welchem Ausmaß wird sich ein erhöhtes Verkehrsaufkommen bemerkbar machen?

Werden die notwendigen Abstände zum Pensionsgelände und der umliegenden Wohnbebauung eingehalten?

Der hochreine Wasserstoff ist auch entzündlich – gibt es eine eigene Betriebsfeuerwehr?

Herr Braun schätzt die Erhöhung des Verkehrsaufkommens auf ca. 15-20 LKW/Tag ein. Die Streckenführung ist über die B91 bis zur Produktionsfirma geplant, um den Verkehr nicht durch die angrenzenden Ortschaften führen.

Entsprechend Abstandserlass sind 1.000 Meter zur Wohnbebauung vorgeschrieben. Änderungen auf die derzeitigen Abstände von 650 Metern sind unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Unter anderem ist hier die vorgeschriebene Schallimmissionsprognose derzeit in Arbeit.

Das zuständige Landesverwaltungsamt ist bereits in die Vorplanung eingebunden und erteilt Hinweise zu notwendigen Unterlagen, die für die fortführende Antragsstellung notwendig sind.

Eine eigene Betriebsfeuerwehr ist nicht vorgesehen.

Herr Koch-Frischleder bezieht sich auf die Informationen zur Anfahrt der zu verarbeitenden Stoffe in die Anlage mittels LKW und möchte wissen, wie der Wasserstoff aus der Anlage abtransportiert wird.

Er fragt an, wie mit dem überschüssigen Gas im Schadenfall umgegangen wird.

Nach Auskunft von Herrn Braun wird nicht nur grüner Wasserstoff produziert, sondern auch grüner Stickstoff und Kohlendioxid, welches in der Lebensmitteltechnologie verwendet wird.

Herr Braun verweist auf den geplanten Abtransport über verschiedene vorhandene Rohrsysteme, die momentan Flüssiggas nach Leuna transportieren. Es werden Gespräche mit den umliegenden verschiedenen Leitungsbetreibern geführt und es sind neue Netze geplant. Im B-Plan-Gebiet Nr. 11 soll eine Wasserstoff-Tankstelle für den LKW-Fuhrpark der Fa. Schuon errichtet werden.

Für den Störfall wird eine Sicherheitsfackel installiert, über die das überschüssige Produkt verbrannt werden kann. In diesem Produktionszweig gibt es sehr strenge Störfallverordnungen, die auf Berechnungen und Tests aller möglichen Störfälle beruhen.

Herr Hofmeister geht davon aus, dass die Produktion eine hohe Verstromung erfordert. Angesichts der aktuellen Situation um die Stromversorgung möchte er wissen, wie zukunftssträftig die Produktionsanlage unter diesen Bedingungen ist.

Er bittet um Antwort auf die Frage, welche Alternativprodukte noch beigefügt werden.

Der benötigte Strom für die Produktion kommt einzig von der bereits vorhandenen Photovoltaikanlage.

Nach Auskunft von Herrn Braun sind die zerkleinerten Überreste von nicht gefährlichen Abfallstoffen, hochenergetischen Kunststoffen sowie Baumwurzeln und Gummi dafür vorgesehen.

Herr Uhle bedankt sich für die gelungene Informationsveranstaltung im August zu diesem Thema für die Bürger der Ortschaften Tagewerben und Reichardtswerben.

Viele Fragen konnten dort schon beantwortet werden.

Herr Uhle bittet eindringlich darum, das erhöhte LKW-Verkehrsaufkommen so zu steuern, damit die Ortschaften nicht zusätzlich damit belastet werden.

In der Bevölkerung sind Ängste vor den Gefahren einer solchen Produktionsanlage angesprochen worden.

Der Radius zum Sportplatz und zur angrenzenden Wohnbebauung erscheint Herrn Uhle zu gering.

Herr Braun geht davon aus, dass sich der LKW-Verkehr steuern lässt und die Ortschaften nicht belastet werden. Die Ortsdurchfahrten bieten dem LKW-Verkehr durch schmale Straßen und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen keine sinnvolle Alternative gegenüber dem geplanten Streckenverlauf über die B91.

Anhand einer Präsentation zeigt Herr Braun, wie die Gebäude sich in die Landschaft einfügen. Sie sind ca. 8 Meter hoch, die Sicherheitsfackeln ca. 14 Meter. Die Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern grenzt die Anlage ab.

Die Bedenken zu den Gefahren sind verständlich, sollten aber durch strenge Genehmigungsverfahren und strenge Vorgaben gemindert werden können.

Herr Koch-Frischleder möchte wissen, wo die Kunststoffe gelagert werden, die dem Produktionsprozess zugeführt werden und wie der Brandschutz sicher gewährleistet werden soll.

Herr Braun erläutert, dass die Zulieferung über geschlossene Trailer erfolgt, die dem Produktionsprozess direkt zugeführt werden.
Brandschutzkonzepte sind in Arbeit und werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben umgesetzt.

Frau Veith bekräftigt die Forderung nach einer vertraglichen Regelung mit den Zulieferfirmen, um damit den LKW-Verkehr zu steuern und tatsächlich aus den Ortschaften herauszuhalten.

Herr Rauner bedankt sich für die Ausführungen und bittet Herrn Bumann darum, die Meinung der Verwaltung darzulegen.

Herr Bumann fasst den Werdegang der bisherigen Nutzung des Grundstücks seit dem Beschluss durch die Gemeinde Tagewerben im Jahr 2009 zusammen.

Für die Wasserstoffproduktion sind seitens der Firma noch Gutachten zu erbringen. Wichtig ist auch die Einhaltung der Regelungen aus dem Abstandsflächenerlass.

Die Vorstellung der Planung und die Diskussion in den Ortschaftsräten Reichardtswerben und Tagewerben sind in dieser Woche geplant.

Die Informationsveranstaltung im Kulturhaus haben ca. 140 Einwohner besucht.

Herr Bumann erklärt die Notwendigkeit des positiven Grundsatzbeschlusses als Grundlage für die Fortführung der Planung des Projektes.

Er bittet die Stadträte und sachkundigen Einwohner um Verständnis, dass ihre Entscheidung bereits erwartet wird, bevor die Diskussion in den betroffenen Ortschaften abgeschlossen ist. Aus diesem Grund ist der Beschlussvorschlag um den Zusatz „vorbehaltlich der Entscheidungen durch die betroffenen Ortschaftsräte in Tagewerben und Reichardtswerben“ ergänzt.

Beschlussempfehlung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels vorbehaltlich der Entscheidungen durch die betroffenen Ortschaftsräte in Tagewerben und Reichardtswerben, einen Beschluss zur Einleitung eines Planverfahren zur Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans Nr. 12 „Solarpark am Schkortelbach“ der ehemaligen Gemeinde Tagewerben zu fassen.

Gleichzeitig ist der Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes zu fassen.

Vor Beginn des Planungsverfahrens ist der Stadt ein Gutachten gemäß des Abstandserlasses vorzulegen, dass keine Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Bewohner der benachbarten Wohngebiete zu erwarten sind.

Abstimmung:

Stadträte	dafür: 10	dagegen: 0	Enthaltung: 1
Sachkundige Einwohner	dafür: 4	dagegen: 0	Enthaltung: 0

6. Nationale Projekte des Städtebaus - Zukunftsperspektive Gloria

Herr Papke sieht in der angekündigten Projektförderung eine große Chance zur Entwicklung des ehemaligen Filmpalastes Gloria.

Er begründet die Vorschläge der Verwaltung, die im Ergebnis vieler Workshops und Beratungen ausgewählt wurden und das Ziel verfolgen, im ehemaligen Filmpalast Aufenthaltsqualität für generationenübergreifende Gruppen zu schaffen.

Den oft geäußerten Wunsch nach der Schaffung eines Kinos kann Herr Papke sehr gut verstehen, sieht dies aber nicht als wettbewerbsfähig gegenüber den Kinos in allen Nachbarstädten und den viel genutzten Streamingdiensten an.

Herr Papke dankt dem Fachbereich III für die Ausarbeitung des Vorschlages als Grundlage für die Beantragung der Fördermittel und bittet die Stadträte und sachkundigen Einwohner um Zustimmung.

Herr Wolter bezieht sich auf den Stadtratsbeschluss, wonach den Gremien von der Verwaltung verschiedene Nutzungsvarianten vorgestellt werden sollten. Er möchte wissen, ob mit weiteren Vorschlägen zu rechnen ist.

Herr Papke sieht in dem vorliegenden Vorschlag eine machbare Umsetzung unter Beachtung der vielen bisher eingebrachten Ideen. Um die Chance auf die in Aussicht gestellten Fördermittel zu nutzen, kann es keine weiteren Variantenprüfungen und Machbarkeitsstudien geben.

Herr Klitzschmüller erinnert an die Kubatur des Gebäudes und sieht in Erwartung mutiger Architekten eine große Chance, das Gebäude bald einer sinnvollen zukunftsorientierten Nutzung zuzuführen.

Herr Bumann teilt mit, dass die Antragstellung bis zum 01.11.2022 erfolgen muss. Die Verwaltung möchte die Chance nicht verstreichen lassen, einen städtebaulichen Missstand zu beseitigen und durch die Erstellung eines Nutzungs- und Betriebskonzeptes die Grundlage für einen generationsübergreifenden Begegnungsort zu schaffen.

Herr Wanzke zweifelt an der mehrheitlichen Verbundenheit der Bevölkerung an dem Gebäude. Die ältere Generation schwelgt in Erinnerungen an den Filmpalast und zeigt sich womöglich nicht mit einer modernen Begegnungsstätte zufrieden. Für die jüngere Generation spielt das Gloria eher eine untergeordnete Rolle.

Um hier ansprechende Qualität für mehrere Generationen zu schaffen, sollte sich die Frage gestellt werden, ob die Stadt sich diese Qualität leisten kann. Die Fördermittel alleine sind ja nicht ausreichend für die notwendigen Planungen und Gutachten.

Herr Papke ist sich dessen bewusst, dass Geld fließen muss, um ein attraktives Angebot zu schaffen. Aus diesem Grund werden dazu finanzielle Mittel aus der Abwasser-Vergleichszahlung in das Projekt gelenkt.

Anhand der in Aussicht gestellten hohen Fördersumme zeigt sich für Herrn Papke das überregionale Interesse der Fördermittelgeber an diesem Projekt. Es ist das einzige Projekt in Sachsen-Anhalt, welches in diesem Jahr im Rahmen Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus unterstützt wird.

Weitere Fördermöglichkeiten im weiteren Verlauf der Entwicklung zur Begegnungsstätte für verschiedene Zielgruppen sind nicht ausgeschlossen.

Es ist eine große Herausforderung, die alte Hülle für Neues zu nutzen.

Herr Rauner begrüßt die vorgeschlagenen Maßnahmen und sieht hier eine große Chance zur Beseitigung des baulichen Missstandes und zur Verwendung der Gelder aus dem Abwasser-Vergleich.

Herr Wanzke bezieht sich auf Aussagen des vormaligen Oberbürgermeisters, nach denen die Bewirtschaftung der neu entstehenden Einrichtung durch ortsansässige Vereine erfolgen könnte. Er kann sich nicht vorstellen, dass ein Verein das leisten kann.

Herr Papke weist darauf hin, dass ein wichtiges Förderkriterium auch die Erstellung eines Konzeptes zur Betreuung ist. Sofern dieses vorliegt, kann über weitere Schritte zur Umsetzung beraten werden.

Beschlussempfehlung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels im Rahmen der 2. Stufe der Förderantragstellung die avisierte Nutzung zu einer generationenübergreifenden Begegnungsstätte folgendermaßen zu präzisieren und zu beschließen:

- Nutzung des Glorias als Indoorspielplatz und Aufenthaltsort für alle Generationen
- Gestaltung von Aufenthaltsbereichen für Kinder und Jugendliche - Integration einer Kletterwand für Jugendliche und junge Erwachsene
- Erweiterung des Spielplatzangebotes auf den Außenbereich
- Verknüpfung der Angebote mit Gastronomie

Abstimmung:

Stadträte	dafür: 9	dagegen: 0	Enthaltung: 2
Sachkundige Einwohner	dafür: 2	dagegen: 0	Enthaltung: 2

7. Raumordnungsverfahren für das Vorhaben „B 87 Ortsumgehung Weißenfels (Südtangente)“; 2. Informationsvorlage zum Verfahrensstand

Herr Bumann erläutert den aktuellen Verfahrensstand.

Im Rahmen der Antragskonferenz wurden den Beteiligten Varianten zur Trassenführung vorgelegt und um Meinungsäußerung gebeten.

Der Ortschaftsrat Langendorf hat die Variante B3 verworfen, da diese durch den Ort führen würde. Variante B1 und B2.1 werden favorisiert, da diese das Gewerbegebiet „Am Sandberg“ tangieren.

Diese Information hat die Verwaltung an die Landesstraßenbaubehörde mit der Bitte um Berücksichtigung weitergeleitet.

Der aktuelle Planungsstand beinhaltet die von der Verwaltung abgegebene Stellungnahme.

Herr Papke gibt zu bedenken, dass die Verkehrsentwicklung schlecht einzuschätzen ist. Wenn hier weitere große Flächen versiegelt werden, ist das für die Zukunft nicht gut. Es ist abzuwägen, welcher Verantwortung sich gestellt wird.

Herr Wolter bestätigt als Mitglied des Ortschaftsrates Langendorf die favorisierte Variante, die das Gewerbegebiet „Am Sandberg“ tangiert. Wichtig ist nach seiner Meinung bei der Entwicklung des Straßenbaus auch die Entlastung der Bürger zu beachten. Die Naumburger Straße ist derzeit sehr stark frequentiert, was durch die Ortsumfahrung minimiert werden wird.

Herr Wanzke legt dar, dass die Trassenführung ursprünglich anders geplant war und möchte wissen, ob die Freihalteflächen noch festgeschrieben sind.

Herr Bumann führt aus, dass es keine verbindliche Planung der angesprochenen Trassenführung gibt und diese im aktuellen Raumordnungsverfahren nicht thematisiert wird. Somit sollten die Freihalteflächen wieder frei verfügbar sein können.

8. Farbgestaltung Ersatzneubau Große Brücke in Weißenfels - L 206

Herr Bumann stellt anhand einer Präsentation die 4 Farbvarianten für die neu zu errichtende große Brücke vor.

Die Verwaltung und Herr Papke schlagen die Variante 3 in zeitlosem Grau vor.

Die Stadträte bringen ihre Meinungen zum Ausdruck, die sich auch auf die strittige Bauweise der Brücke mit den teilweise unerwünschten großen Bögen beziehen.

Überwiegend wird sich bei der Farbgestaltung für Variante 3 ausgesprochen.

Herr Spiegelberg möchte wissen, ob für die Bögen und das Geländer eine Beleuchtung angedacht ist.

Herr Bumann teilt dazu mit, dass es im jetzigen Stand der Planung noch möglich ist, derartige Vorschläge zu machen. Wenn hier keine Beleuchtung angedacht ist, diese aber gewünscht wird, dann sind die zusätzlichen Kosten von der Stadt zu tragen.

Herr Klitzschmüller erinnert an den Stadtratsbeschluss, wonach die neue Brücke in „Walther-Rathenau-Brücke“ benannt werden soll.

Beschlussempfehlung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat Stadt Weißenfels, die im Sachstandsbericht aufgeführte Variante 3, DB 703 Eisenglimmer, zur farblichen Gestaltung des Brückenbauwerkes zu beschließen.

Abstimmung:

Stadträte	dafür: 8	dagegen: 1	Enthaltung: 2
Sachkundige Einwohner	dafür: 2	dagegen: 2	Enthaltung: 0

9. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Beantwortungen von Anfragen vor.

10. Mitteilungen und Anfragen

Herr Bumann teilt mit, dass die für den 10.10.2022 geplante Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses nicht stattfindet. Die nächste Sitzung ist am 07.11.2022.

Herr Hofmeister bittet um Prüfung, wie es um das Klingentor steht, dessen Aufbau im Rahmen der Neugestaltung der Promenade besprochen wurde.

Herr Klitzschmüller bittet nochmals um die mehrfach erbetene Wiedererrichtung von 2 Sitzgelegenheiten auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof.

Herr Wanzke möchte wissen, ob finanzielle Mittel für die zugesagten Ausgleichspflanzungen in der Marie-Curie-Straße eingeplant sind.

Herr Bumann teilt mit, dass die Ausschreibung dazu erfolgt ist.

Herr Spiegelberg bringt die beantragten Infoschilder zur Erklärung der Straßennamen in Erinnerung und möchte den Sachstand dazu wissen.

Herr Papke schlägt vor, das Thema im Kulturausschuss zu beraten.
Seitens der Verwaltung wird eine Sitzungsvorlage erarbeitet.

4. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Manfred Rauner
Vorsitzender

Heike Bechmann
Protokollführerin